

Liestal, 28. Januar 2021

## Medienmitteilung

### **FDP Baselland fasst Nein-Parole zur Lehrplan-Initiative und Ja-Parolen zu den Gesetzesrevisionen bezüglich Schwarzarbeit und Arbeitsmarktaufsicht**

- **Klare Nein-Parole zur Lehrplan-Initiative**
- **Grossmehrheitliche Ja-Parolen zu den Gesetzesrevisionen über die Bekämpfung der Schwarzarbeit und die Arbeitsmarktaufsicht**
- **Angekündigter Rücktritt von Saskia Schenker als Parteipräsidentin stösst auf Verständnis**
- **Fraktionspräsident Andreas Dürr: «Saskia Schenker hat die Partei in kurzer Zeit auf einen stabilen Kurs gebracht und hat wichtige strategische Projekte lanciert.»**
- **Nachfolge für das Parteipräsidium: Findungskommission hat unter der Leitung von e. Landrat Michael Herrmann Arbeit aufgenommen – Wahl findet am Parteitag vom 25. August 2021 statt**

---

Am virtuellen Parteitag vom 28. Januar 2021 haben die Freisinnigen die Nein-Parole zur Lehrplan-Initiative mit 49 Nein- zu 2 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung und die Ja-Parolen für die Gesetzesrevisionen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (GSA) und zur Arbeitsmarktaufsicht (FLAMAG) mit je 50 Ja- zu einer Nein-Stimme und einer Enthaltung gefasst. Alle drei kantonalen Vorlagen werden am 7. März 2021 zur Abstimmung stehen.

Die Lehrplan-Initiative verlangt unter anderem, dass die gesamte Anzahl von Kompetenzbeschreibungen in den Stufenlehrplänen von Primarschule und Sekundarstufe I auf maximal 1'000 begrenzt wird. Bildungsdirektorin Monica Gschwind und Landratspräsident Heinz Lurf erläuterten am Parteitag, warum sie sich mit Überzeugung gegen die Gesetzesinitiative aussprechen. Sie erachten die Initiative als unnötig, da mit der Annahme des Gegenvorschlags im Juni 2018 zur Initiative «Ja zu Lehrplänen mit klar definierten Stoffinhalten und Themen» ein zweiter Lehrplanteil mit Inhalten und Themen erarbeitet wurde, der derzeit überprüft wird. Aus Sicht von Monica Gschwind müssen die Lehrpläne der Primarstufe, der Sekundarschule und der Sekundarstufe II sorgfältig aufeinander abgestimmt sein. Und weiter: «Dabei müssen die Grundkompetenzen, die alle Schülerinnen und Schüler in der Schweiz am Ende der obligatorischen Schule erreichen sollten, in die Lehrpläne einfliessen. Die Begrenzung auf 1'000 Kompetenzen ist willkürlich. Die Initiative gefährdet das Erreichen der Bildungsziele. Mir ist es sehr wichtig, dass unsere Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf ihren Berufsweg vorbereitet werden.» Laut Heinz Lurf

wird in den Sekundarschulen ein schweizweit einmaliger Rückmeldeprozess durchgeführt: «Dabei können alle Sekundarlehrpersonen während dreier Jahre konkrete Verbesserungsvorschläge einbringen. Es ist nun wichtig, dass die Feedbacks aus dem Rückmeldeprozess zielführend genutzt werden, statt neue Experimente zu wagen.»

Die Gesetzesrevisionen über die Bekämpfung der Schwarzarbeit (GSA) und der Arbeitsmarktaufsicht (FLAMAG) sind inhaltlich stark miteinander verknüpft und kommen daher am 7. März 2021 gleichzeitig zur Abstimmung. Das neue GSA sieht vor, dass der Regierungsrat die Risikobranchen festlegen und die Schwarzarbeitskontrollen an Dritte delegieren kann. Im Baugewerbe sollen die Kontrollen weiterhin von den Sozialpartnern durchgeführt werden. Die fix vorgegebene Finanzierung, wie dies im bestehenden Gesetz vorgeschrieben war, wurde bewusst weggelassen. Neu wird nur soviel finanziert, wie auch effektiv kontrolliert wird. Zudem wurden im GSA die Sanktionsmassnahmen gegenüber fehlbaren Unternehmen griffiger formuliert und ausgeweitet. Mit dem FLAMAG wird die bisherige Pauschalsubventionierung des Baselbieter Ausbaugewerbes abgeschafft. Aus Sicht von Landrat Sven Inäbnit sind die revidierten Gesetze ausgewogene und faire Kompromisse: «Die Zeit ist reif, um aus den Erfahrungen mit den geltenden Gesetzen die richtigen Lehren zu ziehen. Wie wir alle wissen, führten sie zu einer Vielzahl von Auseinandersetzungen und Gerichtsfällen.» Laut Inäbnit liegt die Stärke der beiden Vorlagen vor allem darin, dass der Kanton im Vergleich zur aktuellen Gesetzgebung deutlich mehr Handlungsspielraum erhält. Und weiter: «Die Gesetzesberatung im Landrat hat klar gezeigt, dass dies dem politischen Willen des Parlaments entspricht.»

Bei den nationalen Vorlagen folgt die FDP Baselland den Parolen der FDP Schweiz.

Zudem informierte die Parteileitung über den Einsatz der Findungskommission für die Nachfolge von Saskia Schenker, die Anfang Jahr ihren Rücktritt als Parteipräsidentin per 25. August 2021 bekannt gegeben hatte. Andreas Dürr, Fraktionspräsident und Mitglied der Parteileitung umriss die Ausgangslage wie folgt: «Der Rücktritt unserer Parteipräsidentin ist sehr bedauerlich. Die Beweggründe, die zu Ihrer Entscheid geführt haben, können wir aber nachvollziehen.» Und weiter: «Saskia Schenker übernahm das Parteipräsidium in einer Phase von Turbulenzen und brachte unsere Partei in kurzer Zeit auf einen stabilen Kurs. Sie führte uns erfolgreich durch die Wahlen und hat zusammen mit der Parteileitung wichtige strategische Projekte aufgegleist. Dank Ihrer frühen Ankündigung des Rücktrittes bleibt uns genügend Zeit, um die Suche einer geeigneten Nachfolgerin oder eines geeigneten Nachfolgers in Ruhe anzugehen.»

Die Parteileitung hat eine Findungskommission eingesetzt, die von e. Landrat Michael Herrmann präsiert wird. Der Findungskommission gehören weiter Andreas Dürr (Fraktionspräsident), Marianne Hollinger (Vizepräsidentin FDP BL) Monica Gschwind (Regierungsrätin) und Matthias Mundwiler (Mitglied der Parteileitung) an. Sie nimmt nun zügig ihre Arbeit auf und wird der Parteileitung einen Vorschlag unterbreiten. Danach wird die Parteileitung mögliche Kandidatinnen

und Kandidaten dem Parteitag vom 25. August 2021 vorschlagen. Alle Interessierten können sich ab sofort bei Michael Herrmann ([michael.herrmann@fdp-bl.ch](mailto:michael.herrmann@fdp-bl.ch)) melden.

---

Kontakt:

Saskia Schenker, Landrätin, Präsidentin FDP Baselland, 079 212 78 65

Michael Herrmann, e. Landrat, Präsident Findungskommission, 079 214 55 75